

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 22. Januar 2020

§ 227

Postulat Pascal Vuichard, Mollis, und Unterzeichnende «Kantonale CO₂-Kompensationsplattform»

(Bericht Regierungsrat, 17.12.2019)

Pascal Vuichard, Mollis, Unterzeichner, beantragt die Überweisung des Postulats. – Der Vorstoss beinhaltet keine revolutionäre Forderung, ist aber dennoch wichtig. Klar ist: Kompensieren ist nicht dasselbe wie reduzieren oder vermeiden. Eine freiwillige CO₂-Kompensationsplattform, die im Verbund mit anderen Kantonen zur Verfügung gestellt wird, kann aber kurz- und mittelfristig einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Es können Klimaschutzprojekte vor Ort umgesetzt werden, welche die regionale Wirtschaft und allenfalls die Bürgerinnen und Bürger direkt miteinbeziehen. Das sind positive Aspekte für den Umweltschutz. Mit einer regionalen Kompensationsplattform bleibt das Geld in der Region und neue Projekte werden zugunsten der hiesigen KMU generiert. Der Kanton Freiburg zeigt, wie es geht. Dort wurde 2018 eine solche Plattform eingeführt. Sie wird unter anderem von der Handels- und Industriekammer getragen. Das Geld, das über die Plattform generiert wird, fliesst direkt an die regionale Wirtschaft zurück. Das entspricht einer Zielsetzung der Energiewende: die Reduktion der Abhängigkeit vom Ausland und die Auslösung von Investitionen im Inland. – Der Regierungsrat hält richtigerweise fest, dass eine Kompensationsplattform nur im regionalen Verbund Sinn ergibt. Eine solche ist das Ziel des Vorstosses. Der Regierungsrat hat in seiner Antwort leider übersehen, dass sich in diesem Bereich in der Ostschweiz schon viel bewegt. Der Grosse Rat des Kantons Graubünden hat das gleiche Postulat mit 109 zu 0 Stimmen angenommen. In diesen Kantonen stellen die SVP, die FDP, die CVP und die BDP rund 80 Prozent der Parlamentsmitglieder. Die Grossräte haben zugestimmt, weil dieses Postulat auf Eigenverantwortung setzt und gleichzeitig dem Klimaschutz und der lokalen Wirtschaft zugutekommt. Abstimmungsergebnisse in anderen Kantonen sind zwar kein gutes Argument. Dennoch ist der Wille im Kanton Graubünden, eine regionale Plattform zu prüfen, da. Da wäre es gut, wenn sich der Kanton Glarus offen gegenüber einem solchen Verbund zeigen würde.

Thomas Tschudi, Näfels, unterstützt den Antrag Vuichard. – Die SVP setzt sich für einen freiwilligen Klimaschutz ein. Die im Postulat vorgesehene Kompensationsplattform basiert auf Freiwilligkeit. Somit ist diese Bedingung der SVP erfüllt. – Die Plattform ermöglicht es ohne grossen Aufwand, individuelle Kompensationen zu leisten. Nicht jeder kann grosse Investitionen tätigen. Ein gewisser Ablasshandel ist aber möglich. – Die Massnahme ist glaubwürdig. Man weiss, was mit dem Geld geschieht, weil es vor Ort eingesetzt wird. Somit kommt das Geld auch wieder der Region zugute. Es kann zusätzliche weitere Investitionen auslösen. Davon profitiert das lokale Gewerbe. – Der Grosse Rat des Kantons Graubünden

hat das gleiche Postulat überwiesen. Im Kanton Freiburg gibt es eine solche Plattform bereits. Diese wurde von der Kantonalbank finanziert. Die Glarner Kantonalbank kann über ihre Stiftung unbürokratisch hohe Beträge verteilen. Es wäre zu überlegen, ob mit diesem Geld auch ein solches Projekt unterstützt werden kann. Zumindest könnte man dem Kanton Graubünden signalisieren, dass man an einem Austausch interessiert ist. Blosser Ablehnung ist hier aber falsch.

Ann-Kristin Peterson, Niederurnen, spricht sich für die Ablehnung des Postulats aus. – Vorhaben zugunsten des Umweltschutzes sind zu befürworten. Hier handelt sich aber wirklich um einen Ablasshandel. Damit wird klimaschädigendes Verhalten legitimiert. Es geht zudem um kleine Beträge. Man kann zum Beispiel mit zwei oder fünf Franken kompensieren. Dem gegenüber stehen hohe Verwaltungskosten.

Barbara Rhyner, Elm, wirbt namens der SVP-Fraktion um Zustimmung zum regierungsrätlichen Antrag. – Wenn man sich die Debatten im Landrat anhört, müssten diese Kompensationsplattformen ziemlich viele Kunden haben. Die Statistiken belegen aber, dass nur ein sehr tiefer Anteil der Menschen ihr schlechtes Gewissen mit einer Kompensation beruhigen. Man spricht hier in der Fachsprache von kognitiver Dissonanz. – Persönlich wird ein nachhaltiger Lebensstil gepflegt: Gemüse kommt aus dem eigenen Garten, Fleisch von der Jagd, geheizt wird mit Pellets und Flugreisen bleiben aus. Der Selbstversuch auf der Website von Myclimate hat dennoch einen CO₂-Verbrauch von 5,7 Tonnen pro Jahr zutage gefördert. Dieser Wert liegt zwar immer noch unter dem EU-Durchschnitt von 8,4 Tonnen. Um den Klimawandel noch aufzuhalten, ist aber ein Durchschnitt von 0,6 Tonnen notwendig. Selbst wenn man auf der Website überall die positivste Antwort wählt, erreicht man noch einen Wert von 3,3 Tonnen. Die 5,7 Tonnen konnte man in der Budget-Variante für 156 Franken kompensieren. Dieses Geld fliesst in irgendein Projekt in einem Entwicklungs- oder Schwellenland, das nicht genauer beschrieben wird. Für 169 Franken hätte man Kocher für kenianische Frauen finanzieren können. Bei der Premium-Variante für 488 Franken wird die Hälfte des Betrags in Schweizer Klimaschutzprojekte investiert. – Mit diesen Ausführungen soll niemandem eine Investition zur Beruhigung des schlechten Gewissens ausgedreht werden. Die Projekte werden etwas Gutes an sich haben. Die 100 Mitarbeiter der Website-Betreiberin haben sicher einen tollen Arbeitsplatz. Von diesen 100 Mitarbeitenden sind immerhin deren elf im Bereich Bildung tätig. Angesichts der zweifelhaften Aussagen solcher Websites sollte man allerdings besser darauf verzichten.

Regierungsrat *Kaspar Becker* beantragt Zustimmung zum regierungsrätlichen Antrag. – Eine solche Kompensationsplattform ist eine gute Sache. Myclimate unterstützte ein Projekt im Hochmoor im Schwändital mit einem namhaften Beitrag. In diesem Hochmoor lässt sich CO₂ binden. Das Problem ist nicht die Finanzierung. Es fehlt viel mehr an Projekten, die man unterstützen könnte. Deshalb erachtet der Regierungsrat eine kantonale Kompensationsplattform als nicht notwendig, auch aufgrund des administrativen Aufwands. Über eine solche verfügt der Kanton Freiburg. Dort werden nun Möglichkeiten gesucht, um die Plattform breiter aufzustellen. Eine regionale Plattform wäre eine bessere Lösung. – Wer Projekte zur Reduktion von CO₂ kennt, soll auf die bestehenden Plattformen zugehen. Das Geld ist vorhanden; Projekte sind gesucht. Bezüglich einer regionalen Zusammenarbeit besteht Offenheit. Dazu braucht es aber kein Postulat.

Abstimmung: Der Antrag des Regierungsrates obsiegt über den Antrag Vuichard mit 29 zu 20 Stimmen.